

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 54. Ratssitzung vom 17. Juni 2015

1054. 2015/66

Weisung vom 11.03.2015:

Finanzverwaltung, Rechnung 2014, Genehmigung

Antrag des Stadtrats

1. Die Rechnung 2014 der Stadt Zürich wird genehmigt.
2. Die Rechnung 2014 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem vollumfänglich den Reserven zuzuweisenden Gewinn von Fr. 2 354 592.95 wird genehmigt.
3. Die Rechnung 2014 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird abgenommen.
4. Die Rechnung 2014 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird abgenommen.
5. Die Rechnung 2014 der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich wird zur Kenntnis genommen.
6. Die Rechnung 2014 der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsgrundlagen:

- Bericht und Anträge der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 8. Juni 2015

Eintretensdebatte:

Rebekka Wyler (SP) stellt den Bericht der RPK zur Rechnung 2014 vor: Die RPK hat die Rechnung geprüft, die Finanzkontrolle hat die Rechnung formal und rechnerisch angeschaut. Wir haben den Revisionsbericht der Finanzkontrolle erhalten. Wie jedes Jahr verzichten wir darauf, die Kennzahlen der Rechnung zu wiederholen. Die laufende Rechnung für das Jahr 2014 schliesst mit einem Aufwand von 8541,3 Millionen Franken und einem Ertrag von 8485 Millionen Franken, der Aufwandüberschuss beläuft sich auf knapp 57 Millionen Franken. Budgetiert wurde ein Aufwandüberschuss von 233 Millionen Franken. Der Abschluss verbesserte sich gegenüber dem Budget stark. Dies ist auf verschiedene Saldopositionen zurückzuführen. Dazu gehört unter anderem die Teilauflösung der Schwankungsreserven für die Aktien der Flughafen Zürich AG, eine höhere Ablieferung der Buchgewinne der Liegenschaftenverwaltung und die Ablieferung der nicht betriebsnotwendigen Überschüsse der Liegenschaftenverwaltung. Den Aufwand betreffend ist das bessere Resultat auf einen tieferen Personalaufwand, der durch die Nichtbesetzung von Stellen entstand, tiefere Abschreibungen und einen tieferen Sachaufwand zurückzuführen. Der tiefere Sachaufwand lässt sich durch einen Rückgang beim Energiekauf, bei baulichem Unterhalt und bei Dienstleistungen Dritter erklären. Die

Steuereinnahmen liegen 8,8 Millionen Franken über dem Budget. Der Steuerertrag erreichte erneut einen Rekordbetrag. Sowohl die Erträge der natürlichen und juristischen Personen lagen über den Erträgen des Vorjahres. Die Nachsteuern waren ebenfalls signifikant hoch. Die Investitionsrechnung betreffend lässt sich sagen, dass die Investitionsausgaben das Budget unterschreiten. Im Vergleich zum Vorjahr wurden mehr Kredite ausgeschöpft. Der Selbstfinanzierungsgrad ist auf 85,2 % gestiegen. Ein Selbstfinanzierungsgrad zwischen 70 und 99 % gilt als vertretbar. Es wurde ein Erfolg von über 300 Millionen Franken erzielt. Dabei wurden Nettoeinlagen von über 300 Millionen Franken in die Ausgleichs- und Erneuerungsreserven getätigt. 65,3 Millionen Franken wurden vom ewz an die Stadtkasse abgeliefert. Die Reserven der Gemeindebetriebe erreichten letztes Jahr einen Stand von 2453,1 Millionen Franken. Die Bilanz betreffend haben das Bilanz- und Verwaltungsvermögen zugenommen. Dies lässt sich auf einen Zuwachs flüssiger Mittel und bei den Anlagen zurückzuführen. Ebenfalls ins Gewicht fiel die Investitionstätigkeit im Hoch- und Tiefbau. Das Fremdkapital hat um rund 200 Millionen Franken zugenommen. Die Verpflichtungen gegenüber den Spezialfinanzierungen haben ebenfalls zugenommen. Das Eigenkapital ist zurückgegangen und beträgt nun 667,1 Millionen Franken. Würde die Schuld gegenüber den Pensionskassen berücksichtigt, betrüge das Eigenkapital noch 352,3 Millionen Franken. Ich komme zu den Einzelaspekten der Prüfung durch die RPK. Wir haben zahlreiche Rückfragen gestellt, die von der Verwaltung fristgerecht und ausführlich beantwortet wurden. Es gibt einige Einzelaspekte, die ich erwähnen möchte. Dabei handelt es sich erstens um den Umgang mit Beschlüssen des Gemeinderats und das Einreichen von Zusatzkrediten. Uns ist aufgefallen, dass der Stadtrat nicht allen Gemeinderatsbeschlüssen dieselbe Bedeutung zumisst. Dies betrifft beispielsweise das Zürich Game Festival. Wir haben sehr viele Fragen zur Abrechnung gestellt. Teilweise wurden Beschlüsse des Gemeinderats nicht respektiert. Wir haben beschlossen, dass wir den Stadtrat in die Kommission einladen möchten. Es werden nicht immer Zusatzkredite eingereicht, die nach Ansicht der RPK zwingend notwendig wären. Dies betrifft den Bau von Pavillons in Schulanlagen, wo ohne einen Budgetkredit neue Investitionsprojekte ausgelöst wurden. Als Begründung wurde angeführt, dass der Hersteller der Pavillons zu dem Zeitpunkt gerade freie Kapazitäten hatte. Die RPK fordert, dass der Stadtrat in solchen Fällen mit Zusatzkreditanträgen sicherstellt, dass solche Vorhaben nur nach Budgetfreigabe durch den Gemeinderat gestaltet werden können. Ein weiteres Thema ist die Behandlung der Globalbudgets. Dies wirft für uns viele Fragen auf. Oft sind sie nicht aussagekräftig genug, so dass der Gemeinderat das Globalbudget nicht ausreichend prüfen und steuern kann. Wir würden uns eine vermehrte Unterstützung durch die Spezialkommissionen wünschen. Wir haben letztes Jahr eine Schulung organisiert für Mitglieder aller Spezialkommissionen mit Globalbudget. Es ist weiterhin so, dass in den Spezialkommissionen kaum Fragen zum Globalbudget gestellt werden. Wir haben die Entwicklung der Gebühreneinnahmen angeschaut. Die Einnahmen aus Gebühren und Entgelten sind stark angestiegen, im Unterschied zur Rechnung 2013 um insgesamt 95 Millionen Franken. Wir haben dazu viele Fragen gestellt. Die Erträge sind in vielen Fällen durch eine Steigerung der Nachfrage gestiegen und nicht aufgrund erhöhter Gebühren. Wir werden das Thema selbstverständlich weiterhin beobachten. Wir haben die Entwicklung der flüssigen Mittel in Verbindung mit tiefen, beziehungsweise negativen Zinsen betrachtet. Wir haben festgestellt, dass die Stadt umfangreiche flüssige Mittel hält, die den betrieblich notwendigen

Bestand übersteigen. Zum heutigen Zeitpunkt kann man ausschliessen, dass die Gelder mit Negativzinsen belegt werden. Zu den Projektänderungen oder -verzögerungen im Hoch- und Tiefbau lässt sich dasselbe wie letztes Jahr sagen. Viele Projekte sind von Verzögerungen betroffen, eine Erhöhung der Planungsgenauigkeit wäre wünschenswert. Wir hatten bei den kostendeckenden Parkplatzgebühren einen Schwerpunkt. Wir haben diverse Fragen gestellt, die RPK wünscht, dass möglichst flächendeckend kostendeckende Gebühren für die städtischen Parkplätze eingeführt werden. Wir haben den Lärmschutz, verschiedene Lärmschutzmassnahmen und ihre Kosten angeschaut. Wir haben uns darauf geeinigt, dass der Lärmschutz so kostengünstig wie möglich umgesetzt werden soll. Wir haben die Kundenentwicklung im ewz genauer angeschaut. Immer mehr marktberechtigten Kundinnen und Kunden verlassen die Grundversorgung und wechseln in den freien Markt, in dem die Preise markant tiefer liegen. Es ist davon auszugehen, dass sich die Entwicklung weiter akzentuiert. Wir haben die Frage aufgeworfen, wie diese Ausfälle bei den Einnahmen künftig kompensiert werden sollen. Im Zusammenhang mit dem ewz war das Breitbandnetz ein Thema. Uns ist nicht klar, wie sich die langfristige Rentabilität des Breitbandnetzes entwickeln wird. Die Transparenz hat sich inzwischen verbessert, wir wünschen uns jedoch griffigere Zahlen zur Beurteilung des Projekts. Es geht nicht in erster Linie um ein Rentabilitätsprojekt, sondern um den Ausbau der Infrastruktur. Nun möchte ich kurz auf den Ausblick eingehen. Die Rechnung 2014 schloss besser ab als budgetiert. Dies ist jedoch kein Grund für Entwarnung. Die Herausforderungen bleiben für die Stadt gross. Dies betrifft sowohl die Einnahmen, als auch Ausgabenseite. Die Verbesserung ist nicht auf Einsparungen zurückzuführen. Dazu kommt, dass die Unternehmenssteuerreform III auf uns zukommt und wir noch nicht wissen, welchen Einfluss das auf die Steuererträge juristischer Personen haben wird. Die Wirtschaftsprognosen sind ungünstiger als letztes Jahr, dies liegt vor allem am starken Franken. Wir rechnen mit Stellenabbau und einem Rückgang der Steuereinträge. Die RPK achtet weiterhin auf die Entwicklung von Personal- und Sachaufwand. Wir prüfen die Abläufe und Kostenstrukturen. Wir verfolgen weitere Massnahmen zur Verbesserung der finanziellen Lage der Stadt.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 1055/2015–1060/2015)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Es ist erfreulich, wenn eine Rechnung besser ausfällt als budgetiert. Sie ist jedoch noch immer negativ. Das Ergebnis zeigt aber auch, dass die Beurteilung der finanzpolitischen Lage nicht nur auf dem Aufgaben- und Finanzplan (AFP) basieren kann. Ich stimme der RPK zu, dass die Stadt herausgefordert ist. Es ist klar, wir haben den Rechnungsausgleich noch nicht geschafft. Es liegt noch einiges an Arbeit vor uns. Wir sind wirtschafts- und steuerpolitisch herausgefordert. Dies betrifft einerseits die Unternehmenssteuerreform III, andererseits aber auch die Lancierung und Annahme der Masseneinwanderungsinitiative. Klar ist, dass wir in der Rechnung Sondereffekte haben. Wir haben manchmal auch negative Sondereffekte. Im Gesundheits- und Schulbereich wird immer wieder geäussert, dass auf Kantonsebene Veränderungen stattfinden und wir mit mehr Aufwendungen konfrontiert sind. Die Regierung muss immer mit Son-*

4 / 12

dereffekten rechnen. Wir schämen uns nicht für Steuereinnahmen. Die Stadt hat investiert und ist attraktiver geworden. Wir erwarten, dass diejenigen, die bei uns erfolgreich Geschäfte machen, ihren Steuerbeitrag leisten. Wir arbeiten am Standort und an finanzpolitischen Rahmenbedingungen.

Eintreten ist unbestritten.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 1:

Rebekka Wyler (SP): *Die Mehrheit der Kommission bittet Sie, die Rechnung 2014 der Stadt zu genehmigen und dem Antrag des Stadtrats zu folgen.*

Roger Liebi (SVP): *Wir können dieser Rechnung nicht zustimmen. Sie zeigt ein Defizit. Der Grund, weshalb wir sie nicht annehmen können, ist, dass die Verbesserung grösstenteils auf der Seite der Erträge stattfand. Ich bin erstaunt, wenn ich die Voten der Linken und besonders der Grünen höre. Es wurde nur aufgezählt, worauf nicht verzichtet werden kann. Dieser Umgang mit einer schwierigen Rechnung ist problematisch. Gestern wurde die neue Handelsbilanzstatistik von Eurobilanz veröffentlicht. Interessanterweise hat die EU 4 % weniger in die Schweiz exportiert, aber 6 % mehr importiert. Der starke Franken und die Masseneinwanderungsinitiative sind somit nicht die relevanten Gründe für das negative Budget. Wir haben gehört, dass die einwandernden Personen gut für die Schweiz seien. Seit 2010 sind die Steuererträge gesunken, obwohl in der Stadt 20 000 Personen mehr leben. Dies ist belegbar. Dies ist im Hinblick auf die Infrastrukturkosten bedenklich. Nicht nur das Glasfasernetz, sondern auch die Solar- und Windkraft wurden zu Infrastrukturprojekten. Wenn nur noch ertragsseitig gedacht wird, steuert die Stadt auf einen GAU zu. Seit Jahren sind die Steuereinnahmen gestiegen. Man muss umdenken.*

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): *Zürich hat im Bereich der Finanzen eine antizyklische Situation. Der Standort ist hyperattraktiv, dies bringt Steuereinnahmen. Die Quellensteuer müsste berücksichtigt werden. Die Stadt profitiert davon, dass sie bei den Grundstücksteuern sehr attraktiv ist. Unsere Situation unterscheidet sich somit von derjenigen vieler Gemeinden. Die AL wird sich enthalten. Dazu gibt es zwei Gründe. Ein Grund sind die Schwankungsreserven. Wir liessen uns letzten Sommer frühzeitig informieren, es wurde uns gesagt es handle sich um nur 36 Millionen Franken. Innerhalb eines Jahres stiegen die Schwankungsreserven. Der Bezirksrat schrieb der Stadt vor, dass dies innerhalb von drei Jahren abgeschrieben werden müsse. Der Stadtrat nahm keine Rekursmöglichkeiten wahr. Die Stadt verzichtete darauf, die Möglichkeiten eingehend zu prüfen. Es handelt sich um Buchwerte, die der Stadt, je nach Entwicklung, auch grosse Verluste bescheren könnten. Wir werden in der RPK eine Auslegeordnung von Stadtrat Daniel Leupi erhalten, in der er uns darlegt, wie er mit den Restwerten umzugehen gedenke. Ich hoffe, dass wir nicht darauf hoffen, dass die Aktien weiter steigen. Ich hoffe, dass mit diesem Posten nicht fahrlässig umgegangen wird. Unser zweiter Grund für die Enth-*

tion betrifft die Frage, wie der Stadtrat mit den Plafonds umgeht. Vor einer Woche haben wir Antworten vom Stadtrat betreffend des Schulamts erhalten. Es wurde aufgezeigt, wie budgetiert wird.

Martin Bürlimann (SVP): Wir haben ein Defizit von 57 Millionen Franken. Budgetiert war ein Defizit von 233 Millionen Franken. Immerhin handelt es sich um einen verbesserten Rechnungsabschluss. Dies betrifft jedoch Positionen, die direkt mit dem Budget wenig zu tun haben, so beispielsweise die Teilauflösung in die Schwankungsreserve oder die höhere Ablieferung der Buchgewinne. Der Aufwand ist zudem aufgrund tieferer Personalaufwände, die durch die Nichtbesetzung offener Stellen zustande kamen, verbessert. Wir verweisen auf unsere jeweiligen Budgetanträge. Die Reduktion des Personals soll ohne Kündigungen erfolgen. Die Fluktuation beträgt rund 5 %. Offenbar ist es gelungen, substanzielle Einsparungen zu vollziehen. Wir forderten diese Einsparungen seit vielen Jahren und immer wurde uns gesagt, es sei unmöglich. Auch bei unseren Motionen, die wir vor zwei Wochen überweisen wollten, verlangten wir, dass die künftige Rechnung durch die Nichtbesetzung von Fluktuationen verbessert werden soll. Ich verweise ausdrücklich auf die Diskrepanz zwischen den Aussagen in den Budgetdebatten und den Aussagen des Stadtrats. Wir honorieren die Bemühungen des Stadtrats ausdrücklich. Jedoch gab es auch Personalsenkungen, bei denen die Kosten nicht in gleichem Mass gesunken sind. Wir werden die Anträge wieder einbringen und hoffen auf die Kooperation der übrigen Ratsmitglieder. Die Nettoschuld stieg bis 2013 und sank 2014 schliesslich. Dies hängt jedoch auch mit der Auflösung der Aufstellungen für die Neubewertungen im Übertragungsnetz ewz von 202 Millionen Franken. Die Schulden steigen und das Eigenkapital verschlechtert sich. Wir verweisen auf die Liste der Anleihen langfristiger Schulden der Stadt. Irgendwann laufen diese Anleihen aus, wir verdrängen heute das Problem. Solange die Schulden unaufhaltsam steigen und die Substanz nicht erhöht wird, kann die SVP der Rechnung nicht zustimmen. Die Stadt muss die Schulden reduzieren und das Eigenkapital erhöhen. Dies wäre realisierbar. Es ist unverständlich, wie einer solchen Rechnung zugestimmt werden kann.

Dr. Urs Egger (FDP): Wer den Fraktionserklärungen der Parteien zuhört, bekommt ein Déjà vu, wir haben das alles schon viele Male gehört. Obwohl die Steuereinnahmen steigen, wird über Steuerausfälle lamentiert. Man macht sich stark für das Gewerbe, dem immer mehr Hindernisse in den Weg gelegt werden. Es wird beklagt, dass ein Mangel an günstigen Wohnungen besteht. Die tatsächlich bedürftigen Menschen erhalten jedoch keine günstigen Wohnungen. Unsere Vorschläge zur Verbesserung der Lage werden jedoch abgelehnt. Wir werden dieser Rechnung zustimmen. Wir stimmen der korrekten Rechnungsführung zu. Wir stimmen jedoch nicht der städtischen Finanzpolitik zu. Unsere Finanzpolitik sieht anders aus. Wir müssen etwas auf der Ausgabenseite unternehmen.

Samuel Dubno (GLP): Ich möchte den problematischen Umgang des Stadtrats mit den Beschlüssen des Gemeinderats betonen. Namentlich geht es um das Zurich Game Festival. Wir finden das Verhalten des Stadtrats stossend. Diese Debatte soll eine Möglichkeit sein, Lehren für die Zukunft zu ziehen. Auch beim JULL gibt es einen Gemeinderatsbeschluss für eine Kürzung. Die FDP wollte bei der letzten Budgetdebatte nicht,

dass das Museum Strauhof auf die frühere Art weitergeführt wird. Das Museum Strauhof hat nun eine neue Trägerschaft und kostet deutlich weniger. Nachdem dieser Fall erledigt wurde, glaube ich nicht, dass die FDP unbedingt ein Schreiblabor für Junge will. Der Stadtrat macht nichtsdestotrotz mit dem JULL weiter. Es wäre wünschenswert, wenn der Stadtrat bei der Umsetzung von Gemeinderatsbeschlüssen über die Bücher ginge.

Roger Liebi (SVP): Ich gebe Walter Angst (AL) hinsichtlich der Quellensteuer recht. Seit 2011 ist die Bevölkerung um 20 000 Personen gestiegen. 2010 lagen die Steuereinnahmen natürlicher Personen inklusive Quellensteuer bei 1,562 Milliarden Franken, 2014 lag der Betrag bei 1,567 Milliarden. 20 000 zusätzliche Personen brachten somit lediglich 5 Millionen Franken zusätzliche Steuerfranken. Damit kann die Infrastruktur in der Stadt nicht ausgebaut werden. Es ist eine Tatsache, dass zusätzliche Infrastruktur benötigt wird und diese finanziert werden muss. Ich freute mich über das Votum von Stadtrat Daniel Leupi, weil ich sehe, dass auch er gegen die Verwaltung ankämpfen muss. Ich bedaure, dass wir in dieser Finanzlage nie etwas von unserer Stadtpräsidentin hören. Stadtrat Daniel Leupi wird meist allein gelassen. Ein Stadtpräsidium ist dazu da, um Führung zu übernehmen.

Walter Angst (AL): Ich möchte nun auf unseren zweiten Punkt eingehen. Es geht um die Umsetzung der Sparvorgaben, die über Plafonierungen gesetzt werden. Konkret geht es um das Schul- und Sportdepartement. Im April 2014 wurde im Schul- und Sportdepartement festgestellt, dass das Budget nicht eingehalten werden kann. Es wurde eine Sparrunde im Schulamt verordnet. Es wurde zwar eine Reihe richtiger Ausgabenreduktionen gefunden. Es war nicht Auftrag des Parlaments, dass niemand über die Einführung dieser Sparmassnahmen im Bereich des Förderunterrichts, Aufgabenhilfe und bei Vikariaten informiert würde. Dies betrifft direkt die Qualität und wirkt doppelt. Das Wachstum der Schülerzahlen wurde seit Jahren nicht kompensiert. Der Stadtrat muss Prioritäten setzen. Die relevanten Schwerpunktbereiche dürfen jedoch nicht von solchen Kürzungen betroffen werden. Der Gemeinderat, die RPK und die zuständige Kommission müssen informiert werden.

Dr. Mario Babini (parteilos): Heute besteht das Problem, dass man nicht so genau weiss, ob man sich in guten oder schlechten Zeiten befindet. Die Steuereinnahmen sprudeln weiterhin, von den Grossbanken haben wir jedoch schon länger nichts mehr gehört. Möglicherweise nähern wir uns wegen der Politik der Nationalbank einer Rezession. Dennoch wird darauf gehofft, dass die Grossbanken in die Kassen einzahlen werden. Die besseren Resultate sind nicht auf Sparmassnahmen zurückzuführen, sondern auf Massnahmen, die ich als Financial Engineering bezeichnen würde. Langfristig ist dies keine Lösung. Ich muss mich der AL anschliessen und mich enthalten. Heute befinden wir uns in einer Zeit, in der wir das Fremdkapital fast gratis bekommen. Wir sollten das Fremdkapital somit benutzen, um teure Altlasten abzutragen.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Der hohe Frankenkurs wurde bereits als Schuldiger für das Defizit identifiziert. Der hohe Frankenkurs ist jedoch nicht schuld, es geht um die Schuldenkrise gewisser Euroländer. Es handelt sich um eine Schuldenmentalität, der auch die Stadt frönt. Hätten wir den Euro weiter gestützt, hätten wir nur die Misswirt-

schaft in der Schweiz gestützt. Wäre die Geldmenge ausgeweitet worden, hätte dies eine grosse Inflation zugeführt. Dies wäre den Linken genehm, weil sich dadurch die Schulden relativieren würden. Dies geschähe auf Kosten der Sparer. Durch die weitere Anbindung des Frankens an den Euro hätte es einen schleichenden Beitritt zum Euro-Raum gegeben. Bei meinem zweiten Beispiel handelt es sich um ein Fallbeispiel, das bereits in der Presse zitiert wurde. Es geht um die Ordnungsbussen für Autofahrer. Mit den Ordnungsbussen werden Budgetziele erreicht. Die Rotlichtkameras haben nicht immer etwas mit Sicherheit zu tun. Wenn die Fahrenden stark abbremsen und es dadurch zu Auffahrunfällen kommt, ist der Sicherheit nicht gedient. Diese Politik ist heuchlerisch.

Dr. Daniel Regli (SVP): Ich möchte aus meiner Perspektive als Referent des Präsidialdepartements (PRD) darlegen, weshalb wir dieses Budget ablehnen. Das Präsidialdepartement kann durch seine Vorbild- und Führungsfunktion grossen Einfluss auf die Entwicklung der Stadt nehmen. Wir wollten sehen, ob die Stadtpräsidentin dieser Vorbildfunktion 2014 gerecht wird. Der Totalaufwand konnte von 231 auf 229 Millionen Franken gesenkt werden. Besonders der Sachaufwand wurde gesenkt. Dieser kann durch interne Verrechnungen und den Aufschub von Anschaffungen reduziert werden. Zudem hat sich 2014 der Neubau des Kunsthouses verzögert, dadurch wurde viel Geld im Sachaufwand frei. Im Personalaufwand wurden insgesamt vier Stellen abgebaut, jedoch lediglich 90 000 Franken, theoretisch sollte es sich durchschnittlich um eine Optimierung von 520 000 Franken handeln. Es kam also zu Lohnerhöhungen. Beim Abbau des Personals gab es kaum Vorbildfunktion. Im Präsidialdepartement wird geplant und evaluiert. In anderen Departementen ist ein Stellenabbau nicht so gut möglich wie im Präsidialdepartement. Im PRD wird vor allem geplant, es werden Studien erstellt und es werden Strategien erarbeitet. Aus Sicht der SVP könnte im PRD Personal abgebaut werden. Wenn der Sachaufwand langfristig gesenkt werden soll, muss das Personalbudget reduziert werden. Unsere Ablehnung des Budgets ist eine politische Entscheidung.

Roberto Bertozzi (SVP): Als Fraktionsreferent des Sozialdepartements habe ich die Rechnung 2013 mit derjenigen von 2014 verglichen. 2013 gab es ein Saldo von 125,5 Millionen Franken, 2014 betrug der Saldo 129,9 Millionen Franken. Die Ausgaben des Sozialdepartements bleiben konstant. Beim Amt für Zusatzleistungen gab es eine Zunahme um 5,7 Millionen Franken, im Laufbahnenzentrum nahmen die Ausgaben um 1,7 Millionen Franken ab. Bei der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde konnten die Ausgaben um 200 000 Franken gesenkt werden. Bei den sozialen Diensten kam es zu einer Abnahme von 3,5 Millionen Franken, bei den sozialen Einrichtungen und Betrieben stiegen die Ausgaben jedoch um 600 000 Franken. In jeweils drei Abteilungen kam es zu Ab- und Zunahmen. Insgesamt sind die Ausgaben im Sozialdepartement gestiegen. Wir erwarten Sparvorschläge, da unsere Vorschläge regelmässig abgelehnt werden.

Rolf Müller (SVP): Die Kommissionsmitglieder des Gesundheits- und Umweltdepartements haben die Rechnung 2014 detailliert geprüft. Bei den Pflegezentren konnte ein besseres Ergebnis als budgetiert erreicht werden, im Vergleich zum Vorjahr gibt es je-

doch keine nennenswerten Verbesserungen. Bei den Alterszentren schliesst die Rechnung 2014 mit einem Verlust von 3,7 Millionen Franken ab. Dieses Resultat ist schlechter als budgetiert. 2011 und 2012 konnte in diesem Bereich ein Gewinn realisiert werden. Wir erwarten in der Rechnung 2015 ein ausgeglichenes Resultat. Im Stadtspital Waid schliesst die Rechnung ebenfalls mit einem Minus von 10,3 Millionen Franken ab. Der Umsatz war jedoch besser als erwartet, weshalb das Defizit nicht so gross ist wie budgetiert. Es stellt sich die Frage, ob bewusst ein zu tiefer Betrag budgetiert wurde. Im Stadtspital Triemli schliesst die Rechnung 2014 deutlich unter dem budgetierten Betrag ab. Nur dank kantonaler Subventionen konnte schliesslich ein Plus von 1,2 Millionen Franken erwirtschaftet werden. Budgetiert wurde jedoch ein Plus von 14,6 Millionen Franken. 2013 lag der Gewinn bei 7 Millionen Franken. In den Gesundheitseinrichtungen ist kein Trend in Richtung Ertragsverbesserungen zu erkennen. Wir erwarten, dass die konjunkturresistenten Bereiche ihre Kostenstruktur deutlich verbessern. Wir danken der Präsidentin der beiden Stadtspitäler eine kompetente Präsentation der Daten, den Angestellten des Departements danken wir eine kompetente Beantwortung der Fragen. Ebenfalls möchte ich mich bei unserem RPK-Mitglied Roger Liebi (SVP) bedanken, der uns sehr unterstützte.

Rebekka Wyler (SP): *Die Ausführungen von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) zum starken Franken sind problematisch. Ich kenne auch Mitglieder der FDP, die ihre Produktion stilllegen mussten, weil sie nicht mehr ins Ausland exportieren können. Die Aufhebung der Frankenuntergrenze schafft auch für die Bürgerlichen Probleme. Die Ordnungsbussen wurden erwähnt. Ebenfalls erwähnt wurde die linke Misswirtschaft. Die Stadträtinnen und Stadträte bereichern sich nicht an den Steuereinnahmen. Die Bürgerinnen und Bürger profitieren von Kinderbetreuung und gemeinnützigem Wohnungsbau.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
Enthaltung:	Vizepräsident Walter Angst (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 19 Stimmen zu.

Wortmeldungen zu Dispositivziffer 2 siehe GR Nr. 2015/88, Beschluss-Nr. 1053/2015.

9 / 12

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 19 Stimmen zu.

Kommissionsreferentin Dispositivziffer 3:

Rebekka Wyler (SP): *Wir bitten Sie, die Rechnung abzunehmen.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Zustimmung: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
Enthaltung: Roger Liebi (SVP), Martin Bürlimann (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 101 gegen 0 Stimmen zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 4:

Rebekka Wyler (SP): *Wir bitten Sie, der Dispositivziffer 4 zuzustimmen und die Rechnung 2014 abzunehmen.*

Martin Bürlimann (SVP): *Die Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familie bietet Familien mit mindestens drei Kindern und bescheidenem Einkommen Wohnungen und Reiheneinfamilienhäuser an. Die Stiftung bietet derzeit 511 Wohnungen. 417 Wohnungen haben vier oder mehr Zimmer und eignen sich dadurch für Haushalte mit Kindern. Es handelt sich auch um Wohnsiedlungen. Wir zweifeln an der Anzahl Kinder in den Wohnungen. Es herrscht zu wenig Transparenz. Es besteht keine Sicherheit, dass Familien wieder ausziehen, nachdem die Kinder von zu Hause ausgezogen sind.*

10 / 12

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 4.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)

Ausstand: Min Li Marti (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Roger Tognella (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 19 Stimmen zu.

Kommissionsreferentin Dispositivziffer 5:

Rebekka Wyler (SP): Die RPK bittet um Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Zustimmung: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 120 gegen 0 Stimmen zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 6:

Rebekka Wyler (SP): Die Mehrheit der Kommission beantragt die Ablehnung des Änderungsantrags und die Zustimmung zur unveränderten Dispositivziffer 6.

Martin Bürlimann (SVP): Im Januar 2011 stellte sich der Stadtrat gegen die Hauptforderung des neuen wohnpolitischen Grundsatzartikels. Soll der Anteil gemeinnütziger Wohnungen von einem Viertel auf einen Drittel erhöht werden, erfordert dies Mittel von rund 15,6 Milliarden Franken. Als der Stadtrat seine Ansicht änderte, wurde diese Zahl nicht mehr erwähnt. Die neue Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen entspringt einer Volksabstimmung von März 2013. Das Stiftungskapital wird für den Bau, Kauf und die Sanierung von Bauliegenschaften eingesetzt. Das Ziel der Stiftung ist der Bau von Siedlungen, die den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft entsprechen. Die Stiftung ist noch nicht operativ tätig, besitzt aber ein Stiftungskapital. 2014 konstituierte sich

11 / 12

die Stiftung, legte jedoch kein Budget für das Jahr 2014 vor. Sie war nicht aufrichtig mit den Informationen. Die Erhöhung des Anteils gemeinnütziger Wohnungen auf einen Drittel ist nicht finanzierbar und zutiefst unsozial gegenüber denjenigen, die diese Wohnungen zahlen müssen.

Weitere Wortmeldungen:

Samuel Dubno (GLP): *Wir werden diese Rechnung zur Kenntnis nehmen, auch wenn es uns nicht passt. Der Volkswille ist umzusetzen.*

Roger Liebi (SVP): *Hat das Volk beschlossen, dass das Geld eingesetzt oder auf ein Konto gelegt werden soll? Das Geld wurde auf ein Konto gelegt. Es wurde noch keine einzige Wohnung gebaut.*

Samuel Dubno (GLP): *Ich nehme zur Kenntnis, dass die SVP diese Weisungen immer zustimmend zur Kenntnis nehmen wird, sobald die Stiftung aktiv wird.*

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 6

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 6:

6. Die Rechnung 2014 der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Martin Bürlimann (SVP), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
Enthaltung:	Samuel Dubno (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 39 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 6

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 6.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 6.

Mehrheit:	Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Martin Bürlimann (SVP), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
Enthaltung:	Samuel Dubno (GLP)

12 / 12

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 39 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Die Rechnung 2014 der Stadt Zürich wird genehmigt.
2. Die Rechnung 2014 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem vollumfänglich den Reserven zuzuweisenden Gewinn von Fr. 2 354 592.95 wird genehmigt.
3. Die Rechnung 2014 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird abgenommen.
4. Die Rechnung 2014 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird abgenommen.
5. Die Rechnung 2014 der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich wird zur Kenntnis genommen.
6. Die Rechnung 2014 der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Bezirksrat und den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 24. Juni 2015 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat